

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Eduard Schönbach, Dresden,
Kauf der Arbeiter, Einzelhändler
und Buchhändler, L.-G., Dresden,
Gebrüder Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß dieser Bekanntmachung, bei der Redaktion der Dresdener Volkszeitung keine Antwort auf Rückfragen oder auf Rückforderung der Sendung.

Abonnementpreis mit der monatlichen Unterhaltungsbeilage „Wochenblätter“
für ein Jahr 1,50 M., für sechs Monate 0,80 M., für drei Monate 0,45 M.
Einzelpreis 10 Pf. (inkl. Porto u. Zus.-Lagegeb. 4 Pf.)
Telegraphische Adressen: Dresdener Volkszeitung

Schriftleitung: Bettendorfer Str. 25/26, Dresden
Telefon: 2522
Verlagsleitung: Bettendorfer Str. 25/26 und 27/28
Telefon: 2522
Verlagspreis: 10 Pf. (inkl. Porto u. Zus.-Lagegeb. 4 Pf.)

Abonnementpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Kopiergröße
für ein Jahr 1,50 M., für sechs Monate 0,80 M., für drei Monate 0,45 M.
Einzelpreis 10 Pf. (inkl. Porto u. Zus.-Lagegeb. 4 Pf.)
Telegraphische Adressen: Dresdener Volkszeitung

Nr. 130

Dresden, Montag, den 8. Juni 1931

42. Jahrgang

Schlag gegen soziale Gerechtigkeit Reparations-Illusionen

Die Herren Brüning und Curtius befinden sich nun auf der Rückreise von ihrer Besprechung mit MacDonald und S. E. Anderson in Chequers. Ueber das Ergebnis der Besprechung wird eine von beiden Seiten gemeinsam herausgegebene Verlautbarung veröffentlicht, in der nicht allzuviel steht. Es wird darin gesagt, es herrsche Uebereinstimmung darüber, daß die wirtschaftliche Wiederbelebung von internationaler Zusammenarbeit abhängig sei, eine Wahrheit, die nicht erst in Chequers entdeckt zu werden brauchte. In der bürgerlichen Presse wird das Ergebnis von Chequers als mager bezeichnet; aber konnte ein vernünftiger Mensch überhaupt etwas anderes erwarten? Wir wissen nicht, ob die Herren Brüning und Curtius sich einbildeten, sie könnten mit ihrer neuen Notverordnung in der Hand in Chequers das Versprechen einer Revision unserer Reparationsverpflichtungen herausholen. Wären sie wirklich dieser Meinung gewesen, so würde das von einer bei leitenden Staatsmännern sehr bedenklichen Verkennung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge zeugen. So leicht und so schnell ist eine Milderung der Reparationen nicht zu erreichen, zumal uns im Ausland niemand glauben dürfte, daß wirklich die Reparationen an allem Unglück des deutschen Volkes schuld seien, wie das so vielfach uns vorerzählt wird.

Gewiß sind die Reparationen sehr schlimm, aber noch schlimmer und verhängnisvoller sind heute für Deutschland Reparationsdemagogie und Reparationsillusionen geworden. In weiten Teilen des deutschen Volkes ist infolge einer gewissenlosen und dummen Rede heute die Ansicht verbreitet, wir brauchen nur die Reparationen loszuwerden, dann wird alles gut. Sehr angenehm für all die Leute, deren politischen und wirtschaftlichen Sünden es in Wahrheit zu verdanken ist, daß die Lage der Massen des deutschen Volkes so furchtbar wurde. Menschen, die ernst genommen werden wollen, leibhaftige Minister, erzählten uns, daß infolge der Reparationen eine ausreichende

Kapitalbildung nicht möglich sei; und siehe da, das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht eine Statistik, aus der hervorgeht, daß in Deutschland in sehr großem Umfang Kapital gebildet wurde, das man freilich zum großen Teil in unsinnigen Fehlinvestitionen vergeudetete.

Die Reparationen sollen schuld sein, daß wir so gewaltige Steuern zahlen müssen, aber die Reparationen betragen noch nicht 2 Milliarden Mark, während die Verluste, die wir durch die Arbeitslosigkeit erleiden, mit 15 Milliarden Mark kaum zu hoch beziffert werden. Und wenn man uns etwa einreden will, daß die Reparationszahlungen an der Arbeitslosigkeit schuld sind, so müßte für jeden Vernünftigen der Hinweis genügen, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Hauptempfänger der deutschen Reparationszahlungen, Krise und Arbeitslosigkeit annähernd ebenso schwer sind wie in Deutschland.

Eine üble Entstellung der Wahrheit ist es auch, wenn man dem deutschen Volke vormacht, es sei nur die Pöswilligkeit und Niedertracht unserer Gläubiger, wenn sie nicht bereit sind, sofort dem deutschen Volke seine Reparationsverpflichtungen zu erlassen. Unsere Gläubiger müssen den größten Teil dessen, was sie von Deutschland bekommen, an Amerika weitergeben. Wäre Deutschland nicht der Reparationszahler, sondern der Reparationsempfänger, und brauchte es die Zahlungen seiner Kriegsschuldner, um selbst Schulden zu bezahlen, würde man da in Deutschland so leicht bereit sein, auf derartige Zahlungen zu verzichten? Wir möchten einmal sehen, welche Entrüstungsgeschrei bei einer derartigen Zumutung gerade im Lager derselben Leute losginge, die heute soviel von Befreiungspolitik reden und eine völlige Befreiung der Reparationsverpflichtungen fordern, übrigens immer, ohne zu sagen, auf welche Weise denn diese Befreiung Deutschlands von den Reparationsverpflichtungen erreicht werden soll.

Ergebnis und Echo Rückblick auf den Parteitag

Von Oskar Edel

Unsere Gegner sind mit dem Ergebnis des Leipziger Parteitages völlig unzufrieden. Schon während der Verhandlungen die Berliner Arbeiterpresse bemüht, jeden noch so kleinen Zwischenfall zu einer Sensation aufzubauhen, so ist nun die Verwunderung darüber groß, daß bei aller Gegensätzlichkeit in Einzelfragen doch der Wille zur Einheit den Parteitag beherrscht hat. Gewiß, es sind Ungleichlichkeiten auf beiden Seiten, oft durch sachliche Differenzpunkte nicht bedingte Zulassungen der Debatten hier und da vorgekommen. Aber was wollen eine ungeschickte Begründung eines Antrags, der persönliche Angriff eines Genossen auf einen Minister, der Verzicht, ein schon erledigtes Thema beim nächstfolgenden Tagesordnungspunkt anzubringen, nicht immer geschicktes Eingreifen der Verhandlungsleitung in die Debatten, was wollen temperamentvolle Zwischenrufe von der Tribüne her gegen das große sachliche Ringen um die tiefgreifenden Probleme der deutschen Arbeiterklasse bedeuten? Immer, wo gehobelt wird, fallen Späne! Viel wichtiger als die Betrachtung einzelner Episoden ist die Untersuchung der Frage, ob der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die Waffen des Sozialismus zu Abwehr und Angriff im Kampfe mit der wirtschaftlichen und politischen Reaktion geschärft hat. Wir glauben, daß das Ergebnis des Parteitages ein positives ist; es praktisch zu nutzen, ist nunmehr die erste Pflicht.

Selbstverständlich sind die Kommunisten von allen Gegnern am meisten verächtlich. Man kann ihren Kerger verstehen. Sie hofften auf die Spaltung der Partei. Vor allem neiden sie der Sozialdemokratie die Kampfreudige Jugend, die in so gewaltiger Zahl zur Eröffnung des Parteitages aufmarschierte. Deshalb heißt es in der Arbeiterstimme, daß nun alle Hoffnungen der Arbeiter auf den Parteitag zerstört und der unausweichliche Weg zur SPD. gewesen sei. Thälmanns neuer junger Mann für Sachen, ein gewisser Selbmann, orakelt in seltsamem Rauberwelsch über die angeblichen Absichten der Sozialdemokratie. Ihre einzige Sorge sei die Erhaltung des Kapitalismus. Breitscheid habe die Unterstützung der ideologischen Faschisierung der Jugend gefordert. Mit der faschistischen Verächtlichkeit des Wahlrechts habe sich der Parteitag einverstanden erklärt, Brüning sei eine Blankovollmacht zu neuen ungeheuerlichen Anschlägen gegen das werktätige Volk ausgestellt worden, und im übrigen habe der Parteitag ein offenes Bekenntnis zum Militarismus abgelegt. Wenn auch ein Eingehen auf dieses Geschwätz nicht lohnt, so ist es doch interessant, daran die Verlogenheit der kommunistischen Propaganda zu illustrieren.

Am meisten hat es ihnen angetan, daß auch die sogenannte Linke für die Resolution des Genossen Larnow über die kapitalistische Wirtschaftsanarchie gestimmt hat. Wenn es geschah, so deshalb, weil darin mit aller Schärfe ausgesprochen ist, daß die Menschheit aus den wahnwitzigen Widersprüchen der geltenden Wirtschaftssysteme und die Verwirklichung des Sozialismus befreit werden kann. Diesen Befreiungskampf zu führen und dafür die Arbeiterklasse zu organisieren, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften.

Man hätte vermuten können, daß nach den monatelangen Auseinandersetzungen über die Problematik der kapitalistischen Krise, die dem Parteitag vorausgingen, schärfere Gegensätze zum Austrag kommen würden, als es tatsächlich geschah ist. Während eine Richtung in der Partei den Beweis versuchte, daß die gegenwärtige Krise des Kapitalismus die letzte und jedenfalls der Zusammenbruch des Kapitalismus nicht mehr aufzuhalten sei, handelte tiefen Optimismus die Illusion gegenüber, daß schon dem Kapitalismus ein fetter, gesicherter Sozialismus der Arbeiterklasse möglich ist. Die Lösung der Krise wurde, ist keine bloße Debatte. Von ihrer Lösung sind die Zielsetzungen und die Methoden der Klassenkampfes abhängig.

Man kann nicht behaupten, daß sich die widerstreitenden Auffassungen völlig ausgeglichen hätten. Denn eine Verschlebung linksstehender Genossen behauptete, die Zeit, in der der Arbeiterkampf mit dem Kapitalismus emporgestiegen sei, gehöre der Vergangenheit an, und die Frage „Kapitalismus oder Sozialismus“ sei auf die Tagesordnung gestellt. In einer Erklärung zu dieser Entscheidung in der Communisten Volksstimme wird als entscheidend hervorgehoben, die Wichtigkeit der Partei fordere Reformen als Selbstzweck und nicht

Das empörende Unrecht

Die Notverordnung, mit der die Regierung Brüning das deutsche Volk beglückt hat, ist wohl nicht nur infolge der finanziellen Nöte so ungeheuer hart ausgefallen, sondern auch deswegen, weil die Regierung — das zeigt ja auch ihr Aufruf — offenbar glaubt, daß der Hinweis auf die harten Bestimmungen dieser Notverordnung bei unseren Gläubigern die Bereitschaft zu einer Revision der deutschen Reparationsverpflichtungen vermehren werde. Niemand konnte im Zweifel darüber sein, daß die neue Notverordnung schwere Lasten für das deutsche Volk bringen müßte, und man kann anerkennen, daß in manchen Punkten Brüning dem entgegengekommen ist, was Sozialdemokratie und Gewerkschaften forderten, aber das kann die Lasten nicht weniger machen, daß diese Notverordnung voll ist von den übelsten Unrechtheiten. Von der Krisensteuer werden die Lohn- und Gehaltsempfänger, die sowieso ihr Einkommen auf Keller und Pfennig verkauern, viel härter getroffen als diejenigen, deren Einkommen eingeschätzt wird, die Geschäftsleute und Kapitalisten. Und das, trotzdem es ein öffentliches Geheimnis ist, daß Kapitalisten und Geschäftsleute sehr häufig einen erheblichen Teil ihrer Einnahmen dem forschenden Wild der Steuerbehörden zu verbergen wissen. Sollte sich Herr Brüning wirklich nicht klar darüber geworden sein, daß es im Volk die größte Empörung hervorrufen muß, wenn er auch jetzt dem Besigzarten Schonung angedeihen läßt, in einem Augenblick, in dem man die großen Unternehmungen der notleidenden Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger überbrücken will. Natürlich kommt die Regierung Brüning wieder mit den üblichen Ausreden von Kapitalflucht und Kapitalbildung, die wir schon so oft hörten. Bekanntlich ist die Kapitalflucht kaum ein gutes Geschäft, weil die mit Kapitalanlage im Ausland verbundenen Zinsverluste in der Regel viel größer sein dürften als die Steuerersparnisse. Sollte Herr Brüning weitere Kapitalflucht verhindern, so hätte er vor allen Dingen verhindern müssen, zu verhindern, daß sich in Deutschland noch mehr Bündnisse anammelt, wie das die Folge seiner Notverordnung sein muß. Besteht doch dann recht wohl die Gefahr, daß die Kapitalisten anständig werden und deshalb ihren Rammon ins Ausland verfrachten.

Nicht einmal an eine Kürzung der hohen Pensionen hat sich die Regierung herangewagt, obgleich sie

weiß, daß eine derartige Maßnahme seit Jahr und Tag von den notleidenden Massen stürmisch verlangt wird. Ihr scheint sehr viel daran zu liegen, das Heer der pensionierten Generale in guter Laune zu halten. Aber sie hat offenbar nicht den Ehrgeiz, bei den Massen den Eindruck zu erwecken, daß sie wenigstens versucht, bei ihren Maßnahmen Gerechtigkeit walten zu lassen.

Wir können hier nicht auf all die Unrechtheiten eingehen, die mit dem Unterstützungsaufbau verbunden sind. Aber ist es nicht bitterer Lohn, wenn man gerade jetzt für die Saisonarbeiter die Unterstützung abbaut, in einer Zeit, in der viele Angehörige des wichtigsten Saisongewerbes, des Baugewerbes, auch in der besten Saison keine Arbeit finden können, zum Teil, weil infolge der glänzenden Maßnahmen derselben Brüning-Regierung die Bauwirtschaft so gründlich gedrosselt wurde.

Die deutsche Sozialdemokratie steht infolge dieser Notverordnung, deren Bestimmungen vielfach geradezu ein Schlag ins Gesicht der arbeitenden Massen sind, vor ernststen und sehr schweren Entscheidungen. Herr Brüning war gewarnt, ihm ist oft genug gesagt worden, daß die Kolonialpolitik der Sozialdemokratie für ihn kein Freibrief ist. Wie an anderer Stelle gemeldet wird, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in dieser Woche zusammentreten, sie wird vor allem zu prüfen haben, auf welche Weise es am ehesten möglich ist, den notleidenden Massen, die jetzt so schwer getroffen werden, Erleichterung und Hilfe zu bringen.

Keine Kürzung der hohen Pensionen

Im Entwurf der neuen Notverordnung war ursprünglich eine Bestimmung über die Kürzung hoher Pensionen enthalten. Die Notverordnung enthält diese Bestimmung nicht, da sie angeblich verfassungswidrig sein würde. Das Reichsfinanzministerium wird nunmehr durch eingehende Briefe der Empfänger hoher Pensionen aufgefordert, freiwillig auf einen Teil ihrer Bezüge zu verzichten.

(Welchen Anteil der Notverordnung siehe S. Seite)